

Kurt Greussing

Wer, wenn nicht wir?

Neue Politikinitiativen zur Globalisierung

Erschienen in: Gaismair-Jahrbuch 2008 – Auf der Spur (hgg. von Lisa Gensluckner u.a.), Innsbruck: StudienVerlag 2007, S. 171-180.

Die Globalisierung – in ihrer heutigen Gestalt – wurde vorbereitet wie eine Operation der Mafia: diskret und unter dem Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit. Als zum 1. Jänner 1995 die WTO (World Trade Organization – Welthandelsorganisation) als Nachfolgerin des GATT-Systems wirksam wurde, war alles, wie es heute ist – und doch ganz anders: Die Nationalstaaten waren die entscheidenden Akteure des neuen Regelsystems, ohne sie ging nichts. Vertreten waren und sind sie durch Beamte und gelegentlich durch FachministerInnen – im Falle der EU durch deren Kommissar für Außenhandel, der zusätzlich zu den Delegationen der einzelnen EU-Länder an den Verhandlungen teilnimmt. Beschlüsse werden dort in der Regel im Konsens gefasst. In der EU werden die aus den Verhandlungen über Handelspolitik resultierenden Abkommen vom EU-Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit, im Bereich Dienstleistungen und geistiges Eigentum mit Einstimmigkeit beschlossen.

Allerdings war damals das Wirken der nationalstaatlichen VertreterInnen bei der WTO jeder Kontrolle durch die Öffentlichkeit entzogen – nicht anders als heute noch in den meisten Fällen bei der EU. Denn wann ist schon einmal ein EU-Thema – etwa Landwirtschaftspolitik – zu einem innenpolitischen Thema in einem der Nationalstaaten geworden (zum Beispiel in Österreich), in denen die Vorentscheidungen für die EU-Abkommen fallen?

Wie EU-Politik funktionierte und immer noch funktioniert, wurde bei der Vorbereitung der inzwischen recht bekannt gewordenen „Dienstleistungsrichtlinie“ deutlich. Sie wurde vom damaligen Kommissar Frits Bolkestein mit dem Ziel ausgearbeitet, EU-weit die völlige Freizügigkeit der Erbringung von Dienstleistungen auf der Basis der gesetzlichen Regelungen des jeweiligen Herkunftslandes zu ermöglichen – eine Einladung zum Wettlauf in Richtung auf niedrigste Entlohnungs-, Konsumentenschutz- und Gewährleistungsstandards. Der österreichische Wirtschaftsminister Bartenstein hatte dieses Vorhaben heimlich, still und leise mit abgesegnet. Erst eine massive Gegenbewegung der westeuropäischen Öffentlichkeit, auch in Österreich, hat die Durchsetzung dieser Dienstleistungsrichtlinie verhindert – und dies war nur möglich geworden, weil rechtzeitig entsprechende Informationen über das Vorhaben publik geworden waren.

Die Bemühungen der EU-Oberen, ihre europapolitischen Entscheidungen möglichst ohne störende Mitsprache der Öffentlichkeit zu fällen, hat 1999 der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker gegenüber dem „Spiegel“ in bemerkenswerter Offenheit ausgeplaudert:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert, Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begrei-

fen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."¹

Öffentliche Teilhabe an Globalisierungsentscheidungen ist also eine systemische Mangelware. Dieser Mangel ist zum ersten Mal auf breiter Front hinsichtlich der WTO beseitigt worden: durch einen gewaltigen Aufruhr zivilgesellschaftlicher Gruppen und AktivistInnen anlässlich der WTO-Ministerkonferenz von Seattle (USA) Ende November und Anfang Dezember 1999. Erst durch diesen Aufruhr wurde die WTO einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und zu einem öffentlichen Thema – bis heute. Die DemonstrantInnen hatten einen Verteilungskampf um die knappe Ressource „Aufmerksamkeit“ gewonnen, die die WTO-Akteure liebend gern unter Verschluss gehalten hätten.

Das Muster des Erfolges: bewahren und abschotten?

Mit diesem Erfolg der GlobalisierungskritikerInnen in Seattle Ende 1999 war aber auch das Muster vorgegeben, das in Zukunft nicht nur die aktuellen Auseinandersetzungen, sondern auch gleichsam den „*cadre mental*“ – also den geistigen Ordnungsrahmen – der GlobalisierungskritikerInnen bestimmen sollte: nicht auf die Institutionen der Globalisierung und deren Gestaltungsvorhaben Einfluss zu nehmen, sondern ihr Handeln möglichst zu verhindern.

Das hat durchaus zu Erfolgen geführt, aber auch zu einer Stagnation des globalisierungskritischen Handelns selbst. Der Erfolg bezüglich der WTO bestand in einer Koalition großer, vor allem britischer und US-amerikanischer globalisierungskritischer Initiativen wie Oxfam International, Save the Children und deren internationaler Allianz, Care International, CAFOD (Catholic Agency for Overseas Development, die Caritas-Abteilung für internationale Arbeit der katholischen Kirche von England und Wales), Concern und vieler anderer, die sich mit einflussreichen Schwellenländern („Gruppe der 20“) wie Indien und Brasilien gegen eine weitere WTO-Runde von einseitigen Handelsliberalisierungen zugunsten der Industrieländer im „Trade Justice Movement“ (Bewegung für Gerechtigkeit im Handel)² zusammengeschlossen haben. Diese Koalition brachte im September 2003 die WTO-Ministerkonferenz von Cancún (Mexiko) im Rahmen der sogenannten Doha-Welthandelsrunde zum Scheitern, ebenso de facto die folgende Konferenz in Hongkong 2005 und die in Genf 2006. Bei vielen globalisierungskritischen Initiativen, wie zum Beispiel ATTAC, verband und verbindet sich dieser Erfolg mit einer generellen Ablehnung der WTO und mit der Forderung nach ihrer Abschaffung.

Dieser Koalition ist es nun in der Tat gelungen, den weiteren Liberalisierungsprozess im Rahmen der Doha-Runde der WTO erst einmal auf Eis zu legen. Denn die reichen Industrieländer waren außer zu wohlfeilen Versprechungen, die preisverzerrenden Subventionen von agrarischen Überschussgütern (die dann per Dumping zum Schaden von Produzenten der ärmeren Länder auf dem Weltmarkt landen) in fernerer Zukunft einzustellen, zu keinen Gegenleistungen für weitere Marktöffnungen der armen Länder bereit. Dadurch ist die WTO zumindest vorderhand in eine Sackgasse geraten, aus der sie nach Ansicht etlicher BeobachterInnen nur schwer herausfinden wird, jedenfalls nicht ohne erhebliche Beschädigung ihres zukünftigen Handlungsspielraums.

Doch was sich auf den ersten Blick als Erfolg der globalisierungskritischen Front ausnimmt, könnte sich als Pyrrhussieg entpuppen. Denn angesichts der Blockade der WTO (sie muss ihre wesentlichen Be-

¹ Der Spiegel, 27. Dezember 1999 (Nr. 52/1999) – „Die Brüsseler Republik“; siehe www.spiegel.de/spiegel/0,1518,58731,00.html

² www.tradejusticemovement.org

schlüsse einstimmig fällen) sind die reichen Industriestaaten in kürzester Zeit dazu übergegangen, eine inzwischen nahezu unüberschaubare Serie bilateraler Abkommen – in der EU bekannt als EPA, Europäische Partnerschaftsabkommen –, also Einzelabmachungen mit Entwicklungsländern, abzuschließen. Wo man es also früher mit einer einzelnen Institution, der WTO, zu tun hatte, deren Agieren über die nationalen Handelspolitiken beeinflusst wurde, ist man nun mit einer undurchsichtigen, schwer beeinflussbaren Textur von Verträgen konfrontiert, deren entwicklungspolitische Wirkung nicht weniger fragwürdig ist als die der früheren WTO-Abkommen.

Der zweite vorderhand wirklich große Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung bestand in den Jahren 2004 und 2005 in der Abwehr der EU-weiten Liberalisierung von Dienstleistungen, mit der das „Herkunftslandsprinzip“ für haftungs- und arbeitsrechtliche Aspekte eingeführt hätte werden sollen. Petitionen, öffentliche Veranstaltungen, demonstrative Zusammenschlüsse von Kommunen (in Österreich deklarierten sich über 200 Kommunen als „GATS-freie Gemeinden“, darunter 34 in Tirol und Vorarlberg)³ und nicht zuletzt eine massive internationale Großdemonstration am 14. Februar 2006 in Straßburg haben die geplante Richtlinie der EU-Kommission vorerst verhindert.

Alle diese Aktionen waren in ihrem Kern und in ihrer Absicht defensiv: Es ging um das Bewahren des – letztlich besseren – Alten und um die Verhinderung des schlechteren Neuen. Es ging um die Unterbindung des Handelns einer Institution und nicht um dessen Gestaltung. Es ging um den Schutz des eigenen Hausgartens und nicht um die Neukonzeption einer Bodenverteilung. Kaum jemand war folglich davon irritiert, dass zumindest bei der Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie die neuen „armen“ EU-Mitglieder wie Polen oder die baltischen Staaten ganz andere Erwartungen mit der versprochenen Liberalisierung des Dienstleistungssektors verbanden als die zu Recht um ihren Besitzstand auf dem Arbeitsmarkt bangenden GATS-GegnerInnen – nämlich den leichteren Zugang ihrer qualifizierten HandwerkerInnen zu den Arbeitsmärkten der reichen Staaten.

Diese defensive Orientierung der praktischen WTO- und EU-Kritik erlaubte allerdings wesentlich breitere Koalitionen, als es eine Bewegung gestattet hätte, die sich auch über weltweite Verteilungsfragen Gedanken macht und daraus praktische Konsequenzen für die Politik der wohlhabenden Staaten – zum Beispiel im Sinne substanzieller Mitteltransfers für Gesundheit, Bildung und Umweltschutz an arme Länder – ableitet. Auf diese Weise haben sich traditionelle NaturerhalterInnen und WachstumskritikerInnen, konservative strukturbewahrende GemeindepolitikerInnen, gesellschaftskritische kirchliche Gruppen, Gewerkschaften und Arbeiterkammern quer durch alle Fraktionen sowie GlobalisierungskritikerInnen aus dem ATTAC-Lager zumindest in der Anti-GATS-Bewegung bequem unter einem Dach gefunden. Das ist für sich genommen kein Nachteil, beschränkt aber die Stoßrichtung einer solchen Bewegung auf die Abwehr von weiterer Liberalisierung der internationalen Wirtschaft und auf die Bewahrung des Bestehenden.

Sanierung des Schrebergartens

Symptomatisch für den Zustand der praktischen Globalisierungskritik in diesem Milieu ist das Ringen um Bioahrung und Sonnenenergie. Beides – Nahrung und Energie – sind symbolisch hochbesetzte Felder, auf denen sich die Auseinandersetzung mit der Globalisierung zeichenhaft, aber auch in der praktischen Politik vermittelt. Ein Vorarlberger Grün-Politiker hat das in seinem Blog folgendermaßen formuliert:

³ www.stoppgats.at. GATS (General Agreement on Trade in Services – Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) ist das Abkommen im Rahmen der WTO zur Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen.

„Globalisierung braucht Gestaltung, ja! – aber auf regionaler Ebene. Regionale Lebensmittel aus biologischer Produktion zu fordern (also zu kaufen) und zu fördern (also durch gezielte Landwirtschaftspolitik zu unterstützen) ist eine konkrete Möglichkeit. Auf erneuerbare Energie zu setzen und die Abhängigkeit von Öl, Gas und Atomkraft zu verringern eine andere. Vorarlberg könnte in beiden Bereichen Gipfelstürmer werden – wenn die Landesregierung nicht so träge wäre!“

Jetzt darf man natürlich nicht jedes Blog-Wort auf die Goldwaage legen. Doch die Konzentration auf „regionale Gestaltung“ der Globalisierung – konkreter: der Globalisierungsfolgen – ist recht typisch für die Haltung vieler GlobalisierungskritikerInnen. Man kann diese Haltung als politische Introvertiertheit bezeichnen: Es geht um die Bewahrung des eigenen Lebensbereichs vor den Folgen weltweiter Prozesse, verbunden mit dem Glauben, solche Bewahrung werde diese Prozesse insgesamt zum Besseren wenden. Man glaubt, aus dem Handeln zugunsten der eigenen Umgebung werde sich eine Veränderung des großen Ganzen einstellen, ohne dass man die Auseinandersetzung mit und in den zentralen Globalisierungsinstitutionen, etwa der EU oder (immer noch) der WTO, führen müsse. Bio-Schaf und Passivhaus mutieren dann zu den essenziellen Beiträgen *unserer* Gesellschaft zur globalen Bewältigung der Globalisierung.

Weitergedacht funktioniert das wohl so: Der Afrikaner sieht, wie wir unser Bio-Schafskotelett füttern. Da sagt der sich: „Mensch, wie bin ich blöd, dass ich da meinen gentechnisch veränderten Hirsebrei in mich hineinmampfe. Biofleisch ist doch viel besser.“ Oder der Inder in seiner Hütte. Qualmt sich beim Kochen und im Winter die Bude voll mit seiner miserablen Holzkohle und kommt aus dem Husten nicht heraus. Da sieht er das Voll-Passiv-Haus und sagt: „Ach Gott, was war ich doch bescheuert! Jetzt isolier ich einfach besser, montier mir eine elegante Solaranlage aufs Dach und tu was gegen den CO₂-Ausstoß!“ Auf diese Weise kann man schön sehen, wie sich die Globalisierung gestalten lässt, wenn wir unseren Schrebergarten in Ordnung bringen und das Bio-Schwein gelegentlich drin wühlen lassen.

Im Ernst könnte ein rationalerer Umgang mit natürlichen Ressourcen in reichen Ländern durchaus einige positive Folgen für die armen Länder haben – etwa den Druck von agrarischen Großproduzenten auf Subsistenzbauern und -bäuerinnen und ihren Landbesitz mindern. Doch sehe ich nicht, wie sich die Struktur der weltweiten Agrarpolitik dadurch ändern sollte: Die EU und die USA würden weiterhin dafür sorgen, dass ihre hochsubventionierten Agrar-Überschüsse auf den Weltmarkt gelangen und damit die Absatzchancen von Kleinbauern und -bäuerinnen in armen Ländern ruinieren; sie blieben weiterhin dem Druck globaler Saatgut- und Vertriebskonzerne ausgesetzt; die Arbeitsmärkte der reichen Länder wären selbst für mittel- und hochqualifizierte Arbeitskräfte aus armen Ländern unzugänglich wie eh und je, und die Zölle für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus armen Ländern würden weiterhin bestehen – steigend mit deren Verarbeitungs- und damit Wertschöpfungsgrad. Inzwischen würden wir unser Bioschnitzel essen, unsere Hände mit von Solarenergie erzeugtem Warmwasser waschen und uns am Bewusstsein wärmen, damit nicht nur für „unseren Lebensraum“, sondern auch für die Armen der Dritten Welt etwas getan zu haben.

Globalisierung – kein innenpolitisches Thema

Globalisierungskritische Gruppen, unter ihnen besonders ATTAC, haben in Europa ein breites Bewusstsein für Globalisierungsfragen geschaffen. Weil sich aber unter dem Dach dieser Bewegung viele prononcierte Linke und radikale ÖkologInnen versammelt haben, ist zum einen die Wirkung ins traditionell konservative Lager hinein sehr beschränkt geblieben; zum anderen hat sich gleichzeitig ein starker Anti-Etatismus breitgemacht, der das Ziel der Globalisierungskritik nicht in einer Beeinflussung der großen

Globalisierungsinstitutionen wie EU, WTO und Weltbank sieht, sondern im Rückzug auf nationale Wirtschaftspolitik und Versorgungsautonomie der wohlhabenden und ebenso der armen Staaten.⁴

Ich will mich hier nicht auf die Debatte einlassen, wie erfolgversprechend und ökonomisch praktikabel solche Konzepte wären, sondern die damit verbundene Mentalität verdeutlichen. Deren entscheidende Konsequenz ist die passive Haltung gegenüber nationalstaatlichem Handeln in den Globalisierungsinstitutionen: Es wird in der Regel schlicht ignoriert. Denn mit Ausnahme der GATS-Frage ist zum Beispiel in Österreich die Haltung der Fachministerien bei der Gestaltung der EU-Wirtschafts-, Sozial-, Handels- und vor allem der Landwirtschaftspolitik nie zu einem Gegenstand öffentlichkeitswirksamer innenpolitischer Auseinandersetzungen geworden. Dasselbe gilt für die Haltung Österreichs in der WTO, wo zwar die EU ihre gemeinsame Handelspolitik vertritt, die einzelnen Staaten jedoch bei den Beratungen mit Delegierten vertreten sind. Wer hat in Österreich je davon gehört, welche Position das Wirtschaftsministerium unter seinem Chef Martin Bartenstein in WTO-Fragen bezieht? Das ist auch für globalisierungskritisch Interessierte eine Terra Incognita.

Dabei verdiente speziell die EU-Agrarpolitik gründlichstes innenpolitisches Interesse. Mit 45 % der EU-Ausgaben (Budget 2007)⁵, das sind 55 Milliarden Euro, nimmt sie zentrale Weichenstellungen sowohl für den Weltmarkt als auch für den Landwirtschaftssektor der Mitgliedsländer vor. Durch die Subventionierung von agrarischen Massenprodukten – Getreide, Zucker, Milch und Fleisch – hat sie bislang Dumping-Exporte ermöglicht, die die landwirtschaftliche Produktion in armen Ländern entweder direkt ruinieren oder potente Drittmärkte, etwa die Golfstaaten, für die unsubventionierten Agrarexporte armer Länder verstopfen. Gleichzeitig zwingt sie die Kleinlandwirte in den wohlhabenden Ländern in einen immer ruinöseren Wettbewerb mit agrarischen Großbetrieben. Das wiederum führt auch in der kleinbäuerlichen Milchwirtschaft, zum Beispiel in der Alpwirtschaft, zur Haltung von Hochleistungstieren, die gesundheitlich äußerst empfindlich, dadurch nur unter großem Betreuungsaufwand zu halten und von kurzer Lebensdauer sind.⁶ Die ökologische Bilanz aus dieser Haltung ist zunehmend negativ, die ökonomische – mit steigenden Futterpreisen – höchst problematisch.

Der Global Marshall Plan – Aspirin für Globalisierungsschmerzen?

Mit dem Global Marshall Plan (GMP) ist nun seit wenigen Jahren eine Initiative aus dem so genannten bürgerlichen Lager angetreten, die die Globalisierungsdiskussion, vor allem aber praktische Maßnahmen zur Veränderung von Globalisierungsinstitutionen ins Zentrum der Gesellschaft rücken will. Zu den Proponenten dieser Initiative gehören in Österreich Ex-ÖVP-Parteiboss und Ex-Vizekanzler Josef Riegler sowie Ex-EU-Kommissar für Landwirtschaft Franz Fischler, in Deutschland Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Natürlich ist der hohe Anteil von Ex-Größen der konservativen Parteien nicht gerade ein Zeichen jugendlichen Aufbruchs. Allerdings verschafft er dieser Initiative den recht problemlosen Zutritt zu politischen Institutionen. So haben allein in Österreich in den Jahren 2006 und 2007 die Landtage fast aller Bundesländer Entschlüsse zur aktiven Unterstützung des Global Marshall Plans gefasst.

⁴ Zu den wenigen, dafür umso gründlicheren Versuchen, globale wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen zu gegenwärtigen Globalisierungsdynamiken zu formulieren, gehört aus dem Umkreis von ATTAC Christian Felber, 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus, Wien 2006.

⁵ http://ec.europa.eu/budget/budget_detail/current_year_de.htm

⁶ Zur Kritik dieser Entwicklung siehe die Arbeiten von Alfred Haiger, ehemals Professor für Tierzucht an der Hochschule für Bodenkultur in Wien; u. a.: www.aurora-magazin.at/gesellschaft/haiger_agrikultur.htm.

Hätte ATTAC für dasselbe Konzept⁷ um Unterstützung geworben, wäre das von den Mehrheitsparteien in den Landtagen wohl nicht einmal ignoriert worden. So aber haben sich parteiübergreifende, einhellige Zustimmungserklärungen ergeben. Das mag bei ATTAC-Leuten wiederum als narzisstische Kränkung wahrgenommen werden, denn plötzlich ist das von ihnen besetzte Thema im politischen Mainstream gelandet, ohne dass sie Wesentliches dazu beigetragen hätten. Die Kritik am GMP von Seiten der bisher diskursbestimmenden GlobalisierungskritikerInnen ist denn auch nicht ausgeblieben. Dazu kann sich jeder sein eigenes Urteil bilden.⁸ Entscheidender ist die anscheinende Leichtigkeit, mit der der GMP von den Landtagen begrüßt wurde – und die Folgenlosigkeit, mit der das bisher geschehen ist. Die Mehrheit der abstimmenden Abgeordneten ist offenbar davon ausgegangen, dass es sich bei dem Plan um eine der üblichen Aufrufe zu christlicher Caritas, das heißt zu Mildtätigkeit auf der Basis überschüssigen Kleingelds, handle. Doch in der Tat ist das nicht die Absicht der Autoren des GMP – sie wollen, wie immer man das von ihnen favorisierte Instrument der „ökosozialen Marktwirtschaft“ beurteilt, nichts weniger als eine strukturelle Änderung der Welthandelsordnung und ihrer steuernden Institutionen bewerkstelligen.

Nicht zuletzt wünschen sie für die Entwicklungszusammenarbeit die Aufbringung von zusätzlich 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr durch die Industriestaaten zur Erreichung der UN-Millenniumsziele bis 2015. Insgesamt wären damit jährlich 0,6 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der reichen Länder, vor allem für den Gesundheits- und den Bildungsbereich der armen Länder, erforderlich.

Diese 0,6-Prozent-Marke wird, mit Ausnahme von Holland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen und Schweden, bislang nirgendwo erreicht. Österreich behauptet stolz und offiziell, schon im Jahr 2005 0,52 % des BNE für Entwicklungshilfe erreicht zu haben,⁹ doch ist der in jenem Jahr erfolgte Sprung auf diese Marke ein dreister Etikettenschwindel. Denn zwei Drittel der ausgewiesenen Summe sind Schuldenstreichungen – schon allein mehr als die Hälfte besteht im Schuldenerlass für den Irak, also in der Verbuchung einer irreversiblen Pleite –, und in den verbleibenden 0,2 % sind Posten wie die Kosten für die – durch die Verfassung gebotene – Betreuung von Asylsuchenden oder Aufwendungen für Studierende aus Drittweltländern zu Uni-Vollkosten enthalten.¹⁰

Wenn alle Vorarlberger Landtagsabgeordneten in ihrer EntschlieÙung vom Mai 2006¹¹ – und ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern – die Ziele des GMP begriffen hätten, dann hätten sie auch ein kurzes Rechenexempel zur Erreichung der 0,6-Prozent-Marke für Entwicklungshilfe anstellen sollen: Wenn man annimmt, dass Vorarlberg bereits bei der Leistung des Bundes von de facto 0,2 % des Bruttonationalprodukts einen aliquoten Anteil leistet, dann blieben immer noch 0,4 % des Vorarlberger Bruttoregionalproduktes übrig, die als Beitrag zu den Millenniumszielen mobilisiert werden müssten. Das sind bei einem Bruttoregionalprodukt Vorarlbergs im Jahr 2006 von 11,5 Milliarden Euro 46 Millionen Euro. Das wiederum entspricht 3,7 % der Bruttoausgaben des Landesbudgets und damit den Ansätzen

⁷ www.globalmarshallplan.org

⁸ Siehe in Österreich ablehnend ATTAC (www.attac.at/4778.html) und kritisch-zustimmend die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit AGEZ (www.oneworld.at/AGEZ/Positionspapier_GMP_November_2004.pdf).

⁹ <http://tinyurl.com/3xwnvh>

¹⁰ Quelle: <http://tinyurl.com/3xwnvh> – siehe PDF „Hauptbestandteile der ODA 2005“; zur Orientierung über österreichische Entwicklungshilfe siehe www.oefse.at/themen/oeeza.htm.

¹¹ Text der EntschlieÙung des Vorarlberger Landtages vom 10. Mai 2006 unter: <http://tinyurl.com/3cj3v6>; zu einer kritischen Anfrage der Grünen bezüglich weiterer Maßnahmen im Sinne des GMP und zur Antwort des Landeshauptmanns siehe <http://tinyurl.com/2o86fj>.

für „Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz“ oder „Bildung und Wissenschaft“ beziehungsweise läge der Betrag um ca. ein Drittel höher als „Landwirtschaftsförderung“ oder „Kulturförderung“.¹²

Bisher hat niemand den Global Marshall Plan und die landtäglichen Unterstützungsresolutionen ernst genug genommen, um sich zu fragen, wie denn das gute Werk finanziert werden solle. Das Bekenntnis zum Plan dient offenbar in erster Linie als billiges schmerzstillendes Mittel für Globalisierungsbeschwerden. In Vorarlberg ist bisher nicht einmal ein Zielplan, in welchen Schritten und in welchem Zeitraum man eine substantielle Erhöhung der gegenwärtigen Entwicklungshilfe-Mittel von einer Million Euro (inklusive der Beiträge der Vorarlberger Kommunen) in Richtung des 0,6- bzw. 0,4-Prozent-Zieles erreichen will, angedacht worden. Nur zum Vergleich: Die – österreichweit pro Kopf der Bevölkerung immerhin einmalige – Entwicklungshilfeleistung Vorarlbergs in Höhe von einer Million Euro pro Jahr¹³ entspricht den Aufwendungen für nicht einmal 17 Landesbeamte – denn von denen kostet jede/r im Durchschnitt 60.000 Euro pro Jahr.

Fazit: Globalisierung politisieren!

Der Global Marshall Plan hat auf das richtige Thema gesetzt: Veränderung der Weltwirtschaftsordnung durch eine Veränderung der Globalisierungsinstitutionen plus substantielle Mittelaufbringung. In beiden Feldern ist in erster Linie der Nationalstaat gefragt, aber innerhalb des Nationalstaates jene politischen Kräfte, die sein Handeln beeinflussen: Bürgerinitiativen, Medien, Interessenvertretungen, Landes- und Kommunalregierungen. Zumal den Landesregierungen ist durch die Unterstützungserklärungen der Landtage – wissentlich oder unwissentlich – eine Verpflichtung zum Handeln auferlegt. Die müsste nun auch erfüllt und ihre Erfüllung zu einem Thema der öffentlichen politischen Auseinandersetzungen gemacht werden.

Die Fragen sind: Wie und in welche Richtung will eine Landesregierung zum Beispiel die europäische Agrarpolitik beeinflussen (durch Forderungen an die Bundesregierung und durch direkte Unterstützung von internationalen Lobbying-Initiativen zur Änderung der EU-Agrarpolitik wie etwa der EU-Agrartransparenz-Initiative¹⁴)? Wie will sie – wiederum über die Bundesregierung oder durch eigene Initiativen – auf die kommenden WTO-Runden Einfluss nehmen, damit diese endlich die Integration von Sozial- und Umweltstandards in Handelsverträgen zum Thema machen? Und schließlich: Wie und aus welchen Quellen – Stichworte: Vermögensbesteuerung, Devisentransaktionsbesteuerung – sollen die Mittel aufgebracht werden, die die nötigen Strukturreformen in den ärmsten Ländern ermöglichen könnten? Hier wird es nicht ohne Konflikte zwischen sehr widerstreitenden Interessen abgehen, denn wer verzichtet schon gerne auf seinen Besitzstand oder bräuchte nicht dringend zusätzliche Mittel? Man darf gespannt sein, ob sich hier zumindest Oppositionsparteien wie die Grünen, die auf ein weniger breites Interessenspektrum als die Großparteien Rücksicht nehmen müssen, aus der Deckung wagen werden.

Dem zu erwartenden Einwand, eine Stadt oder ein Bundesland (wie zum Beispiel Vorarlberg) sei ein zu kleiner „Player“ auf der internationalen Bühne des politischen Lobbying, lässt sich mit zwei Argumenten entgegen: Erstens geht es nicht um Einzelaktionen einer Stadt oder eines Landes, sondern um den wohlüberlegten Anschluss an internationale Initiativen. Zweitens verfügen auch kleine österreichische

¹² Quellen: zum Vorarlberger Bruttoregionalprodukt Angaben von Statistik Austria zu 2004, weitergerechnet auf 2006 mit jährlich plus 3 % – <http://tinyurl.com/27b5d4>; zum Vorarlberger Landesbudget siehe <http://tinyurl.com/2lwpce>. Für Tirol würde der zusätzlich zu mobilisierende 0,4%-Beitrag 86 Millionen Euro ausmachen.

¹³ Landespressestelle Vorarlberg, 4. Jänner 2007 - <http://tinyurl.com/278e47>

¹⁴ www.wer-profitiert.de oder www.farmsubsidy.org

Bundesländer über eine im Vergleich erhebliche Wertschöpfungskraft, die sie großen Lobbying-Akteuren durchaus gleichstellen würde. Nehmen wir etwa einen internationalen Konzern wie den weltgrößten Nahrungsmittelproduzenten Nestlé, der seine Interessen in globalisierungspolitischen Entscheidungsprozessen durch Lobbying wirkungsvoll zu vertreten weiß. Er erzielt einen Jahresbruttoertrag von 8,3 Mrd. Euro (Stand 2006).¹⁵ Warum sollte da das Land Vorarlberg – mit einem Bruttoregionalprodukt 2006 von 11,5 Mrd. Euro – solches Lobbying, im Interesse und mit der Legitimation seiner Bevölkerung, nicht auch betreiben?

Insgesamt ist das ein Plädoyer für eine Globalisierung der Globalisierungskritik: dass nämlich Landes-, Stadt- und Gemeinderegierungen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen nicht nur zur Sanierung des eigenen Lebensraums antreten, um dort die Folgen der Globalisierung zu bewältigen,¹⁶ sondern die Gestaltung von Globalisierungsprozessen auch außerhalb ihres unmittelbaren Wirkungsraums auf die politische Agenda setzen. Unmöglich ist das nicht – das beweisen tagtäglich die großen Bürgerinitiativen im anglo-amerikanischen Raum, die auf eine Änderung der Weltwirtschaftsordnung abzielen und zu diesem Zweck über ihre Aktivistinnen und Aktivisten nicht nur massiv an die politischen Funktionäre des jeweils eigenen Staates appellieren, sondern auch durch Lobbying-Büros und Aktionen vor Ort auf EU, WTO und Weltbank einwirken.¹⁷

Wie das in Österreich aussehen könnte, dazu hat in Vorarlberg von Herbst 2006 bis Frühjahr 2007 eine Reihe von Veranstaltungen, die der „Verein Aktion Mitarbeit“ und der ÖGB Vorarlberg durchgeführt haben, Anregungen gegeben.¹⁸ Globalisierungsprozesse entwickeln sich nicht wie ein Naturereignis, sondern sie werden politisch gemacht. Vor allem zeichnen sie sich durch einen hohen Input an Steuerungsleistungen der Nationalstaaten (Zoll- und andere Aufsichtsbehörden, Gerichte, Exekutionsorgane) aus. Es gibt also keine Globalisierung der Wirtschaft ohne starkes Regelungs Handeln der Nationalstaaten. Allerdings formulieren gegenwärtig große wirtschaftliche Interessenverbände, Lobbying-Gruppen und Konzerne die Politiken der Globalisierungsinstitutionen EU und WTO.¹⁹ Deren Entscheidungsprozesse sind derzeit einer öffentlichen Debatte und einer demokratischen Willensbildung weitestgehend entzogen.

Da aber Globalisierung grundsätzlich auf staatlichem Handeln beruht, können StaatsbürgerInnen dieses Handeln auch beeinflussen. Zu diesem Zweck müssen sich die nicht-dominanten Kräfte ähnlich starke politische Positionen aufbauen wie die derzeit etablierten. Wer sind also die gegenwärtig nicht-dominanten Kräfte, die sich verstärkt in Globalisierungsprozesse einbringen sollten?

- zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse für Lobbying-Aktivitäten;
- Interessenvertretungen wie Gewerkschaften, Kleinbauernvereinigungen, Verbände von Gewerbetreibenden, Arbeiterkammern;
- Gemeinde-, Stadt- und Landesregierungen, die selbst als Akteure zu Globalisierungsfragen auftreten könnten;
- politische Parteien;

¹⁵ Nestlé Management Report 2006, S. 51

(<http://www.nestle.com/InvestorRelations/Reports/ManagementReports/2006.htm>). Der EBIT 2006 der Nestlé-Gruppe (EBIT = Earnings Before Interest, Taxes, restructuring and impairments) belief sich auf CHF 13.302 Mio., das entspricht bei einem CHF:€-Mittelkurs von 0,621425 zum 1.1.2007 der Summe von € 8.266,20 Mio.

¹⁶ Das ist die wesentliche Orientierung der GMP-Initiativen in Oberösterreich, die österreichweit am fortgeschrittensten sind; siehe den Überblick von Sabine Wurzenberger unter: <http://tinyurl.com/yshbuj> sowie <http://tinyurl.com/25dq4o>.

¹⁷ Zum Beispiel Oxfam International – <http://www.oxfam.org/en/programs/campaigns/>

¹⁸ www.lokal-global.at

¹⁹ Zu Lobbies in der EU siehe die Transparenzinitiative Corporate Europe Observatory (www.corporateeurope.org) und deren deutsche Partnerorganisation LobbyControl (www.lobbycontrol.de).

- nationale politische Körperschaften (Nationalräte), die das Handeln der Ministerien, die in EU und WTO in den Ministerkonferenzen die nationalstaatlichen Interessen repräsentieren, bestimmen und kontrollieren müssten.

Wie Landes- und Kommunalregierungen in globale Prozesse eingreifen können, zeigt in Deutschland eine Kampagne gegen Kinderarbeit in der Dritten Welt:²⁰ Im öffentlichen Vergabewesen sollen nur noch Produkte zum Zuge kommen, die nachweislich ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Das bezieht sich auf ein ganzes Spektrum von Gütern – von Nahrungsmitteln über Kleider bis zu Grab- und Pflastersteinen. Das Entscheidende dabei ist: Grundsätzlich wird Handels- und Produktionsunternehmen die Pflicht des Nachweises auferlegt, dass entsprechende Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO eingehalten werden – und das wiederum ist eine gezielte Konfrontation mit WTO-Abkommen, in denen Sozial- und Umweltstandards systematisch *nicht* berücksichtigt werden. Das kann Klagen nach sich ziehen. Immerhin über 70 deutsche Kreise, Städte und Gemeinden haben einen entsprechenden Beschluss gefasst (Stand: Ende Juni 2007). Das wird die Debatte auf nationaler Ebene und in den EU-Gremien nicht unberührt lassen.

Aber: Bei offenbar keinem dieser Beschlüsse stellte man sich der nächsten Frage – was nämlich die Eltern dieser Kinder tun werden, wenn die ihren schäbigen Lohn nicht mehr nach Hause bringen. Womit können sie den Unterhalt für den Schulbesuch bezahlen, der die Alternative zur Arbeit im Steinbruch sein soll? Die Antwort auf diese Frage müsste ja wohl auch eine finanzielle sein. Doch da scheint das globalisierungskritische Bewusstsein rasch an seine Grenzen zu gelangen – sind es doch die Grenzen des Gartenzauns zum Schutz des eigenen Arbeitsmarkts?

Dennoch: Das Beispiel zeigt, dass und wie auf Globalisierungsprozesse Einfluss genommen werden kann. Hier wie in allen anderen Fällen könnte und sollte die Verbindung mit den großen globalisierungskritischen Bewegungen gesucht werden, die sich in der englischsprachigen Welt – und dabei nicht nur in den reichen Ländern, sondern beispielsweise auch in Indien und Bangladesh – gebildet haben.

Eine andere Globalisierung ist möglich (so ein Motto von ATTAC), aber es ist auch eine andere Globalisierungskritik machbar: nicht durch eine Haltung der Abwehr und des Bewahrens, sondern durch den Mut und die Bereitschaft, auf die Steuerungsinstitutionen der Globalisierung politisch zuzugreifen.

(Fertiggestellt am 30. Juni 2007)

²⁰ www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de; siehe „Deutschlandkarte“ und „Material zur Kampagne – Beschlussvorschläge“.